

(Abgeordneter Müller [Leipzig].)

(A) den Sie zu der Überzeugung kommen müssen, daß, soweit es von dem guten Willen der Landwirte abhängt, noch lange nicht an eine Besserung der Verhältnisse zu denken ist.

Ich komme auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schmidt zurück. Er hat einiges über die Preise gesagt und versucht, die Berechtigung der Streiks der Landwirte nachzuweisen. Er erklärte, die Landwirte befänden sich in einer geradezu verzweifelten Lage. Ich weiß nicht, ob Herr Schmidt glaubt, daß alle Leute, die nicht gerade in der Landwirtschaft beschäftigt sind oder ihr angehören, so weltfremd sind, daß sie nicht einigermaßen aus den Ergebnissen der Wirtschaft und der Finanzen in der Lage wären, einen Schluß auf die Einkünfte der Landwirtschaft zu ziehen. Ein großer Teil von uns hat Gelegenheit gehabt, in den vier Jahren bei der Agitation in den Landbezirken zu sehen, wie die Gewinne der Landwirte in die Höhe gegangen sind, und es ist eine Verdrehung der Tatsachen, wenn von einer Notlage der Landwirte gesprochen wird. Es gibt auch kleine Landwirte, die in einer Notlage sind; diesen machen wir keine Vorwürfe. Aber für die Großagrarien, die die Politik der Regierung unheilvoll beeinflusst haben, trifft das nicht zu. Sie haben die Hauptschuld an der

(B) Ernährungsmissere. An den guten Willen dieser Kreise zu appellieren, ist ein verfehltes Experiment.

Der Herr Abgeordnete Schmidt erklärte weiter: Allen Arbeitern hat man das Koalitionsrecht gewährt, nur der Landwirtschaft macht man es streitig.

Dem Herrn Abgeordneten Schmidt ist es wohl nicht unbekannt, daß gerade die Landwirtschaft eine sehr straffe Organisation hat. Ich erinnere daran, mit welcher Rücksichtslosigkeit und Brutalität der Bund der Landwirte seine Politik bisher getrieben hat, wie er schon vor dem Kriege zur schärfsten Opposition neigte, wenn er nicht seinen Willen bekam. Die Landwirte genierten sich nicht, mit der Erklärung zu drohen, daß man unter Umständen, wenn die Regierung nicht wolle wie die Agrarier, auch sozialdemokratisch werden könne. Von der Koalitionsfreiheit haben gerade die Landwirte ausgiebig Gebrauch gemacht. Dieselben Gründe, mit denen Herr Schmidt die Streiks der Landwirte zu Unrecht zu rechtfertigen suchte, treffen in höherem Maße zu für die Arbeiterschaft, die in einer verzweifelten Lage ist. Ich möchte noch einmal die Vorwürfe zurückweisen, die gegen die Arbeiterschaft und vor allem gegen meine Partei erhoben wurden, daß wir es gewesen seien, die Putsche und Streiks inszenierten. Es ist schon gesagt worden, um noch ein-

mal auf das Leipziger Beispiel zurückzukommen, daß wir es gewesen sind, die gerade mit Hilfe unserer straffen Organisation in Leipzig jeden Putsch vermieden haben,

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen.)

die mit aller Energie darauf hingewiesen haben, daß die Arbeiter nicht durch Putsche ihre Lage verbessern können, sondern nur durch ein zielbewußtes energisches Vorgehen im Sinne einer geradlinigen proletarischen Politik. Wenn jetzt die Arbeiterschaft, nicht beeinflusst durch Agitatoren, sondern getrieben durch die Not, durch Streiks zu erreichen sucht, was man ihr streitig macht, die Errungenschaften der Revolution, so sollte das gerade den Parteien zu denken geben, die sich bisher den Teufel um die Notlage des Volkes geschert haben. Es möge diesen Kreisen eine Warnung sein, und sie mögen daraus ermessen, wie ernst es der Arbeiterschaft ist mit ihren Forderungen. Sie mögen sich drehen, wie Sie wollen, Sie mögen mit allen möglichen Mitteln versuchen, die Errungenschaften der Revolution zu vernichten, alle möglichen Mittel anzuwenden, um die Arbeiterschaft in das alte Joch zurückzuzwingen, das wird nichts nützen. Was für die allgemeine Wirtschaft gilt, gilt im besonderen für die Ernährungsfrage und die Frage, die uns gestern beschäftigt hat. Sie werden die Forderungen der Arbeiter nicht unterdrücken können. Es bleibt kein anderer Weg übrig als der, den Ihnen der Herr Minister Schwarz heute angedeutet hat, und ich spreche noch einmal die Hoffnung aus, daß, wenn es notwendig wird — und das wird sehr bald eintreten —, die Regierung zu ihrer heutigen Erklärung steht und die Sozialisierung energisch durchführt. Dadurch werden Sie die sicherste Gewähr für gründliche Ernährungsreform und die Sicherstellung der Volksernährung schaffen.

(Lebhaftes Bravo! bei den Unabhängigen.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bin genötigt, zunächst die Tagesordnung für morgen zu verkünden, damit sie noch gedruckt werden kann. Ich beraume die nächste Sitzung an auf Mittwoch, den 5. März, vormittags 10 Uhr, und setze auf die Tagesordnung:

1. Allgemeine Vorberatung über die Vorlage Nr. 2, den Entwurf eines Gesetzes über Aufwandsentschädigung der Mitglieder der Volkskammer betreffend.
2. Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abgeordneten Posern und Genossen, die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen aus dem